# Antrag Nr. 3

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen

an die 161. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

am 13. November 2013

**ARBEITSMARKTPOLITIK – VOLLBESCHÄFTIGUNG UND FAIRE TEILHABECHANCEN ALS ZIEL**

Der österreichische Arbeitsmarkt entwickelt sich im Vergleich mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zwar gut – die Beschäftigung steigt und trotz eines anhaltenden Anstieges der Arbeitslosigkeit weist Österreich die geringste Arbeitslosenquote in der EU aus. Dennoch steht auch Österreich vor erheblichen arbeitsmarktpolitischen Problemen: Im ersten Halbjahr 2013 lag die Arbeitslosigkeit in Österreich um 34 Prozent über dem Niveau des Jahres 2008 – die Folgen der Wirtschaftskrise sind auf dem österreichischen Arbeitsmarkt also noch längst nicht bewältigt. Das Wachstum der Beschäftigung kann mit dem Ansteigen der Zahl von Menschen, die in Österreich Arbeit suchen, nicht mithalten. Sozialpolitisch richtige und notwendige Maßnahmen wie etwa die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung oder die Reform der Invaliditätspension führen dazu, dass sich wenig durchsetzungskräftige ArbeitnehmerInnengruppen dem ohnehin steigenden Wettbewerb um zu wenige Arbeitsplätze in den heimischen Unternehmen stellen müssen. Die ArbeitnehmerInnen brauchen Unterstützung bei der Anpassung an die steigenden und sich rasch ändernden Anforderungen der Unternehmen an ihr berufliches Wissen und Können. Und nach wie vor bestehen zum Teil massive Diskriminierungen etwa zu Lasten der Frauen, von Menschen mit besonderen Bedürfnissen oder ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund auf dem heimischen Arbeitsmarkt.

Die Folge ist neben einem generellen Anstieg der Arbeitslosigkeit eine zunehmende Konzentration des Risikos Arbeitslosigkeit auf – zumindest aus Sicht der Unternehmen – weniger leistungsfähige Gruppen von ArbeitnehmerInnen: Formal gering qualifizierte ArbeitnehmerInnen, junge ArbeitnehmerInnen am Beginn ihrer Erwerbskarriere, bereits länger arbeitslose ArbeitnehmerInnen, Frauen mit Betreuungspflichten, gesundheitlich beeinträchtige und/oder ältere ArbeitnehmerInnen und ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund tragen die Hauptlast der steigenden Arbeitslosigkeit. Der österreichische Arbeitsmarkt droht sich weiter aufzuspalten, eine steigende Zahl von ArbeitnehmerInnen ist in Gefahr, an den Rand des Arbeitsmarktes gedrängt zu werden.

Die Arbeitsmarktpolitik steht damit vor einer doppelten Herausforderung: Sie muss weiterhin insbesondere durch die Arbeitsvermittlung und Erhöhung bzw Anpassung von beruflichen Qualifikationen ihren Beitrag zur Erreichung von Vollbeschäftigung leisten. Sie ist aber auch gefordert, der zunehmenden Aufspaltung des Arbeitsmarktes und der Verschlechterung von Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für eine steigende Zahl von ArbeitnehmerInnen in Österreich wirkungsvoll zu begegnen.

**Aus diesem Grund fordert die 161. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien von der kommenden Bundesregierung eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die auf die Erreichung von Vollbeschäftigung mit möglichst guten Beschäftigungs- und Einkommenschancen für alle ArbeitnehmerInnengruppen ausgerichtet ist.**

* Die Basis einer solchen Arbeitsmarktpolitik muss ihre entsprechende budgetäre Ausstattung über die nächste Legislaturperiode hinweg sein – das Niveau des Jahres 2013 mit rund Euro 1,1 Mrd ist um weitere Euro 150 Mio zu erhöhen und zu halten. Gleichzeitig ist die personelle Ausstattung des AMS im Interesse einer Verbesserung der Beratungs- und Vermittlungsdienstleistungen für Arbeit Suchende auszubauen – die im Sommer 2013 dem AMS vom zuständigen Bundesminister zugesagten weiteren 100 Planstellen sind dazu nur ein erster Schritt.
* Die Arbeitsvermittlung durch das AMS ist weiterzuentwickeln – Dequalifizierungen und Einkommenseinbußen sind zu vermeiden, die Arbeitsvermittlung muss die Erwartungen der Arbeit Suchenden an ihre nächste Beschäftigung in Bezug auf Einkommen und Arbeitsbedingungen besser berücksichtigen als dies derzeit der Fall ist.
* Ziel der Aus-und Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik muss die auch formale Verbesserung der beruflichen Qualifikationen insbesondere von Arbeit Suchenden mit fehlender, geringer oder veralteter beruflicher Ausbildung sein.
* *~~Die Arbeitsmarktpolitik ist aufgerufen,~~* *Es geht darum gesetzliche Grundlagen zu schaffen, um* gesundheitlich gefährdete ArbeitnehmerInnen beim Umstieg auf die Gesundheit weniger belastende Arbeitsplätze zu unterstützen und so einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der beruflichen Leistungsfähigkeit von ArbeitnehmerInnen zu leisten. Gesundheitlich bereits deutlich belastete ArbeitnehmerInnen müssen im AMS einen leistungsfähigen Partner beim Erhalt ihrer Arbeitsplätze oder bei der Wiederaufnahme einer Beschäftigung auf dem erreichten Qualifikations- und Einkommensniveau finden. Das AMS muss seine Schlüsselrolle beim Erhalt der beruflichen Leistungsfähigkeit einer im Durchschnitt älter werdenden Erwerbsbevölkerung und bei der Umsetzung der Reform der Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension voll wahrnehmen.
* Jungen ArbeitnehmerInnen muss die Arbeitsmarktpolitik weiterhin einen möglichst guten Einstieg in das Erwerbsleben über hochwertige Angebote zur beruflichen Erstausbildung ermöglichen – die Maßnahmen der Ausbildungsgarantie sind dem quantitativen Bedarf entsprechend zur Verfügung zu stellen und qualitativ zu verbessern.
* Die Arbeitsmarktpolitik muss – flankiert durch ein wirksames System von Strafzahlungen für Unternehmen, die keine oder zu wenige älteren ArbeitnehmerInnen beschäftigen – zur Stabilisierung der Beschäftigung und zu einer rascheren Beendigung von Arbeitslosigkeit älterer ArbeitnehmerInnen beitragen.
* Durch einen entsprechenden Mitteleinsatz sowie durch eine entsprechende Gestaltung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und der Dienstleistungen des AMS muss den Benachteiligungen insbesondere von Frauen, ArbeitnehmerInnen mit besonderem Unterstützungsbedarf und von ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt entgegengetreten werden.

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Angenommen [ ]  | Zuweisung [ ]  | Ablehnung [ ]  | Einstimmig [ ]  | Mehrstimmig [ ]  |